

Peter von Oertzen

Zwischen Tradition und Modernisierung Otto Brenner und die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung*

Prof. em. Dr. Peter von Oertzen, geb. 1924 in Frankfurt/M., aufgewachsen in Berlin, Studium der Philosophie, Soziologie, Geschichte und des Staatsrechts in Göttingen, lehrte von 1963 bis 1982 Politikwissenschaft an der Universität Hannover. Zwischen 1955 und 1982 war er insgesamt 19 Jahre lang MdL in Niedersachsen, davon vier Jahre lang Kultusminister, von 1973 bis 1993 war er Mitglied des Parteivorstands der SPD.

Vor genau 30 Jahren, zum 60. Geburtstag von Otto Brenner, hat eine Reihe von Sozialwissenschaftlern - unterschiedlich in ihren wissenschaftlichen und politischen Auffassungen, aber einig in ihrer kritischen Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung - dem Jubilar eine wissenschaftliche Festschrift gewidmet. Im Geleitwort dieser Festschrift schrieb der Herausgeber: „Otto Brenner, so scheint mir, verkörpert mehr als irgend ein anderer deutscher Gewerkschaftsführer jene Generation, die - ein Bindeglied zwischen den Alten der Weimarer Zeit und den nach 1945 herangewachsenen Jüngeren - die Brücke über den Abgrund der faschistischen Herrschaft geschlagen und die besten Überlieferungen der deutschen Arbeiterbewegung in die Gegenwart herübergerettet hat. Zu diesen Überlieferungen gehört nicht zuletzt das Bündnis zwischen sozialer Bewegung und kritischer Sozialwissenschaft.“

Als ich vom Vorstand der IG Metall gebeten wurde, diesen Festvortrag zu übernehmen und über ein angemessenes Thema nachzudenken hatte, habe ich mich jener Sätze von vor 30 Jahren entsonnen - was verhältnismäßig nahe lag, denn ich hatte sie damals selbst geschrieben. Und es schien mir auch naheliegend, heute - aus dem zeitlichen Abstand von drei Jahrzehnten - genau nachzufragen, worin denn Otto Brenners Rolle als „Bindeglied“ im einzelnen bestanden habe. Dies um so mehr, als im Jahre 1967 Brenner auf der Höhe seines Wirkens stand und eine Bilanz seines Werkes noch gar nicht möglich gewesen wäre. Heute ist der zeitliche Abstand groß genug, um den Versuch einer solchen Bilanz zu unternehmen.

Aus diesem Versuch ist das Thema meines Vortrages entstanden. Es spricht die These aus, daß die besondere Rolle Brenners darin bestanden habe, auf eine ganz spezifische, konkrete und bemerkenswerte Art und Weise zu vermitteln: zwischen den Überlieferungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aus der Zeit vor 1945 bzw. vor 1933 und den neuen Anforderungen der Nachkriegsentwicklung ab 1945.

* Leicht gekürzte Fassung eines Vertrags bei der Festveranstaltung der IG Metall zum 90. Geburtstag Otto Brenners am 8. November 1997 in Hannover.

Freilich liegt in der Formulierung des Themas ein gewisses Risiko. Es gibt heute eine ausgearbeitete seriöse, wenn auch in vielerlei Hinsicht umstrittene sozialwissenschaftliche und historische Theorie der sogenannten „Moderne“ (mit deren zum Teil sehr tüfteligen, zuweilen geradezu haarspalterischen Einzelheiten ich mich hier nicht auseinandersetzen kann).

Zur Geschichte der „Modernisierung“

Fragwürdig und mißverständlich ist jedoch der in den letzten Jahren in Übung gekommene polemische Umgang mit dem Begriff „modern“. Er läuft auf eine ebenso simple wie falsche Behauptung hinaus: Alles, was alt oder altmodisch ist, ist falsch; alles, was neu oder „modern“ ist, ist richtig. Mit dieser Formel wird dann die jüngste und neueste Form der wirtschaftlichen Entwicklung - die sogenannte „Globalisierung“ - als fortschrittlich, gut und richtig deklariert und demgemäß die neueste und insofern „modernste“ Gestalt des Wirtschaftsliberalismus, der sogenannte „Neoliberalismus“, als die beste aller möglichen Wirtschaftsformen. Dies ist sowohl historisch als auch logisch betrachtet völlig unsinnig. Sozial- und wirtschaftsgeschichtlich gesehen ist der Neoliberalismus überhaupt nichts Neues, sondern vielmehr die Rückkehr zu sehr alten frühkapitalistischen Doktrinen (oder Dogmen). Und die Behauptung, etwas sei richtig allein deswegen, weil es „modern“ ist, ist ganz offensichtlich schlichter Unsinn, es sei denn, es wird offengelegt, an welchen inhaltlichen Maßstäben das jeweils Neueste gemessen werden soll.

Nichtsdestoweniger gab und gibt es noch eine wirkliche, geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung, die man sehr wohl als „Modernisierung“ bezeichnen kann. Und insofern die Gewerkschaften wie andere Verbände und Bewegungen auch stets vor der Notwendigkeit stehen, ihr Programm, ihre Organisationsform, ihre Strategien und Verhaltensweisen auf die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse einzustellen, können sie auch mit Fug und Recht als mehr oder weniger „modern“ betrachtet werden; und es kann gegebenenfalls die Forderung an sie gerichtet werden, sich zu „modernisieren“.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, also vor rund 150 Jahren, hatten sich die kapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Gesellschaft gegen die historisch vorangegangenen sozialen und politischen Ordnungen des sogenannten „ancien regime“ (obrigkeitsstaatliche Monarchie oder Republik, ständisch gegliederte Gesellschaft) durchzusetzen begonnen. (Dies gilt für Deutschland; in den weiter fortgeschrittenen westlichen Nationen hat diese Entwicklung zum Teil bereits sehr viel früher eingesetzt.) Seitdem können wir von einem ununterbrochenen, anscheinend unaufhaltsamen Prozeß der „Modernisierung“ sprechen. Grundlegend für das Verständnis der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Rolle in dem genannten gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß sind einige ganz simple Einsichten:

- Dieser Entwicklungsprozeß hat eine ungeheure - und sich ständig beschleunigende - Dynamik entwickelt.

- Von seinem Ursprungsraum Westeuropa ausgehend hat er auf die gesamte Welt übergreifen; nach dem Untergang des sogenannten „realen Sozialismus“ gibt es keinerlei Systemkonkurrenz mehr zur kapitalistischen „Modernisierung“. Die übriggebliebenen „sozialistischen“ Gesellschaftssysteme in den Volksrepubliken China und Vietnam darf man wohl unterdessen eher der kapitalistischen Welt zurechnen.
- In diesem Prozeß hat sich die Produktivität der menschlichen Arbeit vervielfacht und eine Fülle des
- materiellen Reichtums hervorgebracht, die zumindest potentiell - und von den Problemen der Verteilung und Verwendung abgesehen - Armut und Mangel als Grundlagen der menschlichen Existenz aus der Welt geschafft hat.
- Gleichzeitig haben Technik und Wissenschaft sich in einer Weise entfaltet, die es erlaubt, unsere gegenwärtige „modernisierte“ Gesellschaft als eine von Grund auf verwissenschaftlichte zu interpretieren.
- Die Auswirkungen dieses Modernisierungsprozesses beschränken sich nicht auf das Gebiet der sogenannten „materiellen“ Zivilisation. Sie haben vielmehr die gesamte Gesellschaft in allen ihren sozialen und kulturellen Aspekten ergriffen. Die „Modernisierung“ ist im wahrsten Sinne des Wortes das, was in einem anderen Zusammenhang einmal eine „Kulturrevolution“ genannt worden ist.

Da durch diese groben oberflächlichen Charakterisierungen der Anschein erzeugt werden könnte, als handle es sich bei dem Prozeß der „Modernisierung“ um einen eindeutigen gradlinigen Entwicklungszusammenhang, muß demgegenüber mit Nachdruck betont werden, daß in der wirklichen Geschichte der „modernen“ Gesellschaft eine Fülle von Widersprüchlichkeiten in Erscheinung getreten ist. In den verschiedenen Sphären der Gesellschaft, noch mehr in den verschiedenen Weltregionen, haben sich Modernisierungsprozesse zu ganz verschiedenen Zeiten und in sehr unterschiedlichem Grade vollzogen. Ganz abgesehen davon, daß es von Anfang an ökonomische und soziale, politische und kulturelle Gegenbewegungen gegeben hat und gibt, deren historisches Gewicht gar nicht überschätzt werden kann. Von den frühen Maschinenstürmern bis zum völkischen Nationalismus, zum militanten Rassismus und zu den vielfältigen Gestalten des sogenannten religiösen „Fundamentalismus“ sind immer wieder machtvolle antimodernistische Tendenzen wirksam geworden und werden es stets aufs neue.

Dies ist eine vereinfachte Skizzierung einiger weniger zentraler Charakterzüge der „Modernisierung“ und der „modernen“ Gesellschaft. Ich habe dabei die entscheidende Rolle von Ökonomie, Technik und Wissenschaft, die Rolle der materiellen Produktion im Prozeß der „Modernisierung“ betont. Das heißt aber nicht, daß diesem Prozeß ausschließlich ökonomische Interessen und materielle Triebkräfte zugrunde gelegen hätten und zugrunde lägen. Im Gegenteil: Die politischen, sozialkulturellen und ideellen Faktoren können in ihrer Bedeutung für Entstehung und Entwicklung der „modernen“ Gesellschaft gar nicht überschätzt werden. Der bekannte Satz „Die Wirt-

schaft ist das Schicksal“ stammt nicht von Marx oder Engels, sondern von einem bedeutenden Unternehmer, liberalen bürgerlichen Sozialphilosophen und hervorragenden demokratischen Politiker: von Walter Rathenau. Und wer die Realität unserer gegenwärtigen Gesellschaft ohne Illusionen ins Auge faßt, wird nicht leugnen können, daß jener Satz heute und mehr denn je Gültigkeit besitzt. Man kann die Dynamik der „Modernisierung“ gar nicht überschätzen. Insbesondere seit 1945 haben sich tief erreichender e Veränderungen vollzogen als etwa zwischen 1890 und 1945. Und dies betrifft natürlich auch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Um den Prozeß der (kapitalistischen) „Modernisierung“ sichtbar und verständlich zu machen, müssen wir diese Entwicklung anhand der Veränderungen in den wesentlichen gesellschaftlichen Teilbereichen verfolgen, insbesondere an den politischen Rahmenbedingungen und den ökonomischen Grundstrukturen (und ihren Entwicklungstendenzen). Alle entscheidenden Fragen der gewerkschaftlichen Entwicklung und der gewerkschaftlichen Tätigkeit kreisen im Grunde um das Verhältnis von Ökonomie und Politik oder in der Sprache der Programmatik ausgedrückt: um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie. Für kaum einen Gewerkschaftsführer gilt das übrigens mehr als für Otto Brenner. Die Demokratisierung der Wirtschaft und die Befreiung der demokratischen, politischen Willensbildung aus der Abhängigkeit von begrenzten ökonomischen Interessen waren die Leitideen seines gesamten gewerkschaftlichen und politischen Wirkens.

Kapitalismus und Demokratie

Häufig ist auch kenntnisreichen, kritischen, demokratisch gesonnenen Menschen nicht klar, wie jung die voll entwickelte politische Demokratie ist (von einer sozialen Demokratie gar nicht zu reden) und um wieviel jünger als die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Diese Feststellung widerspricht dem landläufigen Urteil, daß die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Ökonomie von sich aus, aus ihrem Wesen heraus, quasi automatisch zur Demokratie geführt hätten. Richtig daran ist, daß gewisse liberale Freiheiten für die bürgerlichen Oberschichten und Rechtssicherheit für das Privateigentum in Handel und Gewerbe in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung unverzichtbar sind und daher durchgesetzt werden, wenn das Kapital zur beherrschenden Macht der Wirtschaft heranwächst. Demokratie in ihrem heute zumindest in der Theorie allgemein anerkannten vollen Umfang ist hingegen für den Kapitalismus durchaus entbehrlich.

Wenn wir aber das allgemeine Stimmrecht und gewisse persönliche und staatsbürgerliche Rechte auch für die Unterklassen (z. B. die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter) für Charakteristika einer wirklichen Demokratie halten, dann waren es keineswegs immer nur feudale obrigkeitsstaatliche autoritäre Regime, die das allgemeine Wahlrecht und die Arbeiterbewegung bekämpft haben, sondern ebenso sehr auch kapitalistische, bürgerliche,

liberale Regierungen. Die Unterdrückung der proletarischen Chartisten-Bewegung, die in Großbritannien zwischen 1837 und 1850 für das allgemeine Wahlrecht eintrat, durch eine parlamentarische Regierung war kaum weniger brutal als die Verfolgung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern durch die preußisch-deutsche Monarchie unter dem Sozialistengesetz von 1878 bis 1890. Und radikalbürgerliche republikanische Regierungen haben in Frankreich im Juni 1848 und im Mai 1871 Zehntausende rebellierende Arbeiter abgeschlachtet.

Wenn wir in der Gegenwart um uns blicken, dann finden wir, daß keineswegs alle Länder, in denen die Ökonomie kapitalistisch strukturiert ist, eindeutig demokratisch regiert werden - von dem staatskapitalistischen System Vietnams oder Chinas ganz abgesehen. Für die Gewerkschaften aber war, ist und bleibt Demokratie Grundlage und Lebensluft ihres Wirkens. Die Erfahrungen mit Systemen, die sich „Arbeiterstaaten“ nannten, freie Gewerkschaften aber nicht zuließen, haben diese prinzipielle Auffassung nur bekräftigt. Und um auf unsere ursprüngliche Fragestellung zurückzukommen: Diese Auffassung liegt jenseits der Alternative „traditionalistisch“-„modern“. Freilich haben seit der Zeit ihrer Gründung im vorigen Jahrhundert die Gewerkschaften in ihren Vorstellungen von Demokratie immer auch deren soziale Grundlagen mitgedacht. Die Reduzierung des Demokratiebegriffs auf parlamentarische Regierung, freie Konkurrenz und Privateigentum ist nicht in irgendeinem vernünftigen Sinne „modern“, sondern unsinnig und gefährlich. Und wer die sozialen Grundlagen der Demokratie einfordert, ist kein „Traditionalist“, sondern hat einfach recht.

In einem Land, in dem - etwas polemisch ausgedrückt - die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, in dem eine größer werdende Minderheit von Menschen an den Rand oder über den Rand der Gesellschaft hinaus gedrängt wird, hat Demokratie keine Überlebenschance.

Hierüber läßt sich verhältnismäßig leicht eine prinzipielle Übereinstimmung erzielen. Wesentlich komplizierter ist sicherlich der Diskussionsstand, wenn wir nach der Grundstruktur und den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Ökonomie fragen. Für viele ist ja bereits der Begriff Kapitalismus überholt, und es gilt als „modern“ zu behaupten, so etwas wie Kapitalismus gebe es gar nicht mehr, es gebe nur noch die freiheitliche (mehr oder weniger) soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums; und mit ihr sei prinzipiell gewissermaßen das Ende der Geschichte erreicht. Ich bekenne, daß ich zu der offenbar hoffnungslos rückständigen Minderheit gehöre, die zum Beispiel zunehmende soziale Ungleichheit nicht bereit ist einfach hinzunehmen und die insofern ihre Zweifel am Segen des sich selbst überlassenen unkontrollierten, kapitalistischen Marktes nicht verbirgt. Und übrigens, es ist keine Frage, daß auch Otto Brenner solche Zweifel gehegt hat.

Ein wenig werde ich in dieser unkomfortablen Situation als hoffnungsloser Traditionalist und Feind der „Moderne“ freilich dadurch getröstet, daß in

ihrem gemeinsamen Sozialwort auch die beiden großen christlichen Kirchen sich als unheilbar rückständige Zweifler am Segen der radikalen kapitalistischen „Moderne“ entlarvt haben. Nun ist das Christentum ja notorisch traditionalistisch und unmodern. Und eine Botschaft, die den Satz enthält: Ein Reicher wird schwerlich in den Himmel kommen (Matthäus-Evangelium, Kapitel 19, Vers 23), ist ja geradezu verfassungswidrig, auf jeden Fall ist sie geschäftsschädigend.

Natürlich ist in der Behauptung, „Kapitalismus“ gebe es im Grunde gar nicht mehr, ein Stück Wahrheit enthalten. Die Gesellschaft, deren Kern und materielle Grundlage die kapitalistische Ökonomie gebildet hat und noch bildet, hat sich als Ganzes selbstverständlich in den vergangenen 150 Jahren tiefgreifend verändert: vom Frühkapitalismus, der noch in eine überwiegend agrarische Wirtschaft und eine ständische Sozialordnung eingebunden war, über die verschiedenen Phasen des Hochkapitalismus vor und nach dem Ersten Weltkrieg, über das Stadium des sogenannten Wohlfahrtsstaates, das von der großen Wirtschaftskrise 1929/1938 an bis etwa 1975 gedauert hat und schließlich zur globalisierten (kapitalistischen) Weltwirtschaft von heute.

Zur Grundstruktur der kapitalistischen Ökonomie

Ich habe ganz bewußt nicht von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft insgesamt gesprochen, sondern von der Grundstruktur und den grundlegenden Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Ökonomie. Und diese haben sich, das ist meine These, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts prinzipiell nur sehr wenig oder gar nicht geändert. Es kann übrigens durchaus sein, daß diese auf den ersten Blick befremdliche Behauptung heute plausibler erscheint als vor 30 Jahren zur Zeit Otto Brenners. Damals glaubte die große Mehrheit der Menschen, zumindest im entwickelten kapitalistischen „Westen“ bis weit in die Reihen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hinein, daß der demokratische Wohlfahrtsstaat den Kapitalismus einigermaßen gezähmt und in eine zwar nicht vollkommene, aber doch relativ humane Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verwandelt habe. Nur die orthodoxen Moskau- (oder Peking-)hörigen Kommunisten und linkssozialistischen Tendenzen, die nicht besonders einflußreich waren, widersprachen dieser Beurteilung. Wer damals gegen diese relativ optimistische Einschätzung des Kapitalismus und seiner Entwicklungstendenzen prinzipiell Front machte, konnte sehr schnell ins politische Abseits geraten.

Heute dürfte das Urteil etwas nachdenklicher ausfallen. Das für unaufhaltsam gehaltene - und in der Tat eindrucksvolle - Wachstum des Wohlstandes für die große Masse der arbeitenden Menschen ist zum Stillstand gekommen. Die materielle Lage eines Teils von ihnen hat sich sogar wieder verschlechtert. Die soziale „Schere“ zwischen Reichtum an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide und Armut an ihrer Basis, die für den Früh- und Hochkapitalismus charakteristisch gewesen war, hatte sich anscheinend zu schließen begonnen oder wurde zumindest durch den sogenannten „Fahr-

stuhleffekt“ relativiert. Seit einiger Zeit öffnet sich diese Schere wieder. In dem reichsten und mächtigsten Land auf dieser Erde, in den USA, haben in den letzten 25 Jahren 80 Prozent der Arbeitnehmer einen erheblichen realen Einkommensverlust erlitten (20 Prozent freilich einen Einkommenszuwachs erzielt). Bei guter Konjunktur und wachsendem Sozialprodukt haben 1996 die obersten 20 Prozent der amerikanischen Familien ein Einkommenszuwachs von rund 2 Prozent erreicht, die unteren 20 Prozent jedoch einen Verlust von rund 2 Prozent erlitten. Mehr als 13 Prozent der Gesamtbevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (36,5 Millionen Menschen). Für Europa sind die Daten noch nicht so dramatisch, aber sie weisen in dieselbe Richtung. Wer hätte vorauszusagen gewagt, daß die 1956/57 erkämpfte volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 40 Jahre später wieder abgeschafft werden sollte? Und die Frage, wieso eigentlich der deutsche Volkswohlstand sich in den letzten 30 Jahren zwar real mehr als verdoppelt hat, daß das damals geschaffene System der sozialen Sicherung aber heute angeblich nicht mehr bezahlbar ist, wird nicht nur nicht beantwortet, sie wird gar nicht einmal mehr gestellt.

Dies führt zurück zu der Frage nach den Grundstrukturen und -tendenzen der kapitalistischen Ökonomie. Der Optimismus der fünfziger und sechziger Jahre beruhte auf der - auch von vielen Wissenschaftlern geteilten - Annahme, daß der Kapitalismus gewissermaßen aus sich selbst heraus und mit logischer Folgerichtigkeit zu seiner eigenen Beschränkung und Bändigung führen würde. Diese Auffassung war jedoch von Anfang an irrig:

- In vielen Entwicklungsländern und vor allen in sogenannten „Schwellenländern“ hat der Kapitalismus keineswegs zum demokratischen Wohlfahrtsstaat geführt.
- Auch im entwickelten kapitalistischen „Westen“ ist der Wohlfahrtsstaat nicht „von alleine“ gekommen, sondern in harten politischen und sozialen Auseinandersetzungen erkämpft worden.
- Außerdem hat sicherlich der nach 1945 drohende machtvolle und erfolgreich scheinende sogenannte „Kommunismus“ die Bereitschaft zu sozialen Reformen im „Westen“ gesteigert.

Heute existiert der „reale Sozialismus“ nicht mehr. Die ehemals „sozialistischen“ Länder sind „kapitalistischer“ als es der „Westen“ in den letzten 100 Jahren je gewesen ist, und die kapitalistische Weltökonomie scheint alternativlos zu sein. In dieser Lage erscheint der Wohlfahrtsstaat als entbehrlich, ja als hinderlich und insofern als „überholt“. Die alles beherrschenden Begriffe „Globalisierung“ und „Standortkonkurrenz“ bringen diese Lage zum Ausdruck.

Über die „Globalisierung“ sind in den letzten Jahren unzählige Bücher und Artikel geschrieben worden, deren Inhalt zu referieren hier völlig unmöglich ist. Zu meinem Glück ist jüngst ein kleiner Essay (eigentlich eine Glosse) des amerikanischen Wirtschaftsjournalisten Friedman erschienen, der eine kurze und - wie mir scheint - zutreffende Analyse des Phänomens „Globalisierung“

enthält. Die Grundgedanken sind die folgenden: Zur Globalisierung gibt es keine Alternative. Alle sind vom Weltmarkt abhängig. Dieser aber ist heute nichts anderes als „eine elektronische Herde anonymer Aktien-, Wertpapier- und Devisenhändler hinter Computerbildschirmen“. Diese Herde hat ihre eigenen Regeln, und niemand kann sie kontrollieren. Gut und erfolgreich regieren heißt nur, sich diesen Regeln zu unterwerfen, andernfalls trampelt die „Herde“ über einen hinweg. (DIE ZEIT, 10.10.97)

Ich hätte diese Charakterisierung vielleicht doch für ein wenig überspitzt gehalten, wäre mir nicht 14 Tage später ein Bericht in die Hände gefallen. Danach hat der Präsident der Landeszentralbank Hannover in einer Diskussion mit dem katholischen Bischof von Hildesheim über das erwähnte Sozialwort der beiden großen Kirchen gesagt: „Es ist nicht mehr sachgemäß, die wirtschaftlichen Lebensrisiken der Menschen zu sozialisieren“, und zur Begründung: „Globalisierung hat der Sozialpolitik enge Grenzen gezogen... Finanzmärkte kontrollieren die Politik, sind Gewerbepolizei und -gericht zugleich“.

Ich war über diese Äußerungen nicht allzu sehr verwundert. Ich habe mich nämlich daran erinnert, in einem dicken Buch aus dem Jahre 1867 schon einmal etwas Ähnliches gelesen zu haben. Dort steht kurz und trocken: „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist... Selbstzweck... Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ Es scheint mir ziemlich gleich zu sein, ob ich das abstrakte und unkontrollierbare Subjekt dieser Bewegung nun „Kapital“ nenne oder „die elektronische Herde“ oder „Finanzmärkte“ - die Bewegungsgesetze sind offenbar noch dieselben - heute wie vor eineinhalb Jahrhunderten. Nur die praktischen Konsequenzen, die der alte Autor aus seiner Analyse gezogen hat, waren etwas andere als die der heutigen.

Ein Nachhall der Lehre des zitierten Autors und seines engen Freundes findet sich auch heute noch in den programmatischen Schriften der Arbeiterbewegung. Daß die Politik von den „Finanzmärkten“ oder von der Friedmanschen „elektronischen Herde“ kontrolliert werden sollte, steht dort jedenfalls nicht. Im Grundsatzprogramm der SPD findet sich der Satz: „Das Kapital hat den Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen“: und im jüngst verabschiedeten Grundsatzprogramm des DGB steht klar und unmißverständlich: „Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zwecken zu dienen“. An diesen Überzeugungen hat auch Otto Brenner sein ganzes Leben lang festgehalten.

Nun mag man solche Formulierungen für fromme Wünsche und für einen altmodischen, rein ideologischen Lippendienst halten, und es muß auch zugegeben werden, daß nach dem kläglichen Untergang des sogenannten „realen Sozialismus“ und angesichts der Strukturprobleme des traditionellen Sozialstaates eine Alternative zum globalisierten Weltkapitalismus nicht leicht zu finden ist. Aber sind solche plakativen Forderungen deswegen schon völlig sinnlos? Es mag sein, daß derzeit kein Land und keine Regierung sich dem mörderischen Wettlauf (im englischen Slang treffend *rat race* genannt: Rat-

tenrennen) der Standortkonkurrenz entziehen kann. Aber ist es deswegen nutzlos zu fragen, ob die Analyse, die jenen Programmformulierungen ja zugrunde liegt, sachlich richtig ist? Ist es nutzlos zu fragen, auf welche Weise im einzelnen die Ökonomie funktioniert? Und wenn wir sehen, daß der Selbstlauf der Ökonomie eben auf die Dauer nicht zum größtmöglichen Wohlstand der größtmöglichen Zahl führt, sondern zu Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung und einer sich vertiefenden sozialen Spaltung der Gesellschaft ist es dann nutzlos zu fragen, unter welchen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wir diese Entwicklung aufhalten und umkehren könnten? Und selbst wenn wir die Antworten auf diese Fragen noch nicht haben, ist es dann nutzlos, sie überhaupt zu stellen?

Otto Brenner hat alle diese Fragen mit einem klaren „Nein“ beantwortet. Manche der Antworten, die zu seiner Zeit noch gültig schienen, mögen heute überholt sein. Diese Fragen aber scheinen mir aus aktueller Sicht ganz und gar nicht überholt, sondern sehr „modern“ zu sein. Nun war Otto Brenner bei aller Nachdenklichkeit und bei allem Gedankenreichtum kein Theoretiker und kein Ideologe, sondern ein erfahrener, realistischer gewerkschaftlicher Praktiker. 1952 war der IG Metall-Bezirksleiter von Hannover zum Vorsitzenden seiner Organisation gewählt und damit in den engsten Führungskreis der deutschen Gewerkschaften aufgenommen worden, und sein erstes Eingreifen in die Gewerkschaftspolitik der Nachkriegszeit hatte durchaus den Charakter der Abwendung von einem scheinbar „ideologischen“ Programm und der Fünwendung zu einer pragmatischen Position.

Gewerkschaftliche Programmatik und gesellschaftliche Neuordnung

Nach 1945 waren die Gewerkschaften von der Vorstellung einer umfassenden gesellschaftlichen Neuordnung ausgegangen. Der Kapitalismus sollte überwunden, ein „neues 1933“ dadurch verhindert werden. Das sogenannte „Münchener Programm“ des DGB von 1949 mit seinen Eckpunkten: Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, demokratische Planwirtschaft, umfassende Mitbestimmung, brachte diese Zielsetzung zum Ausdruck. Es war im Grunde ein politisches Programm, denn mit den klassischen Methoden der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und betrieblichen Interessenvertretung konnten seine Ziele nicht erreicht werden. 1951 gelang es noch, mit einem durch und durch „politischen“ Streik der Regierung Adenauer die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie abzurufen. Im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 erlitten die Gewerkschaften dann eine schwere demoralisierende Niederlage. In dieser Lage schien es Otto Brenner und seinen Freunden „notwendig“, neue Mittel und Wege zu suchen, „durch konkrete Nahziele... unsere Einheitsgewerkschaft zu festigen“ - wie Brenner in seinem Referat auf dem DGB-Kongreß 1956 rückblickend feststellte. Das Ergebnis war das „Aktionsprogramm“ des DGB von 1955, das überwiegend solche Forderungen enthielt, deren Erfüllung unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten allein mit gewerkschaftlichen Mitteln

erkämpft werden konnte: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, besserer Arbeitsschutz, ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch größere soziale Sicherheit.

Diese gewerkschaftspolitische Kursänderung könnte als Rückkehr zu einer alten deutschen Tradition der strikten Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und ihnen nahestehenden Parteien gedeutet werden. Im Verhältnis zwischen Freien Gewerkschaften und SPD (ähnlich auch bei christlichen Gewerkschaften und Zentrum) kam der ersteren die Aufgabe zu, „in der Gegenwart die Lage der Arbeiter zu heben“ (Carl Legien, 1899), während die Partei den politischen Kampf führte und die weiterreichenden gesellschaftspolitischen Ziele der Arbeiterbewegung verfolgte. Trotz eines zu Zeiten stärkeren politischen Engagements der Gewerkschaften blieb diese Arbeitsteilung auch in der Weimarer Republik bestehen.

Die kurze Periode bis 1952, in der die Gewerkschaften als Vorreiter der gesellschaftlichen Neuordnung tätig wurden, könnte so als ein Zwischenspiel erscheinen. Aber der Schein trügt. Otto Brenner selber war und blieb sein Leben lang ein im sozialdemokratischen Spektrum eher „links“ angesiedelter demokratischer Sozialist; und der Kreis aktiver Gewerkschaftsfunktionäre, der mit ihm zusammen das Aktionsprogramm vorbereitet und durchgesetzt hatte (der berühmte „Zehner-Kreis“), kam ebenfalls aus der „Unken“ politischen Tradition. Vom Ende der fünfziger Jahre an entwickelte die IG Metall Schritt für Schritt eine neue gewerkschaftliche Strategie, die deutlich macht, daß Otto Brenner in den fünfziger Jahren seine demokratisch-sozialistischen Zielvorstellungen keineswegs aufgegeben hatte. Mir scheint vielmehr, daß die neue Programmatik darauf hinauslief, eine tiefgreifende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer nicht mehr nur auf dem politischen Wege über Parteien, Parlamente und Regierungen zu suchen, sondern eine solche Veränderung zur unmittelbaren gewerkschaftlichen Tagesaufgabe zu machen. Der Grundgedanke war, die gewerkschaftliche Basis in den Betrieben zu mobilisieren, die Position der Belegschaften gegenüber den Betriebs- und Unternehmensleitungen zu stärken und auf diese Weise die gesellschaftliche Machtstellung des Arbeitgeberlagers insgesamt in Frage zu stellen. Die Elemente dieser Strategie waren: der Ausbau der betrieblichen Vertrauensleuteorganisation, die Intensivierung der betrieblichen Bildungsarbeit, eine betriebsnähere Tarifpolitik, die Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung auf tarifvertraglichem Wege, gleichlaufend damit eine stärkere Einbeziehung der betrieblichen Mitgliederbasis in die gewerkschaftliche Meinungs- und Willensbildung.

Freilich handelte es sich bei diesem neuen Ansatz gewerkschaftlicher Politik nicht um ein umfassend theoretisch begründetes Konzept, sondern er war das Ergebnis eines längeren zum Teil durchaus kontroversen Diskussionsprozesses. Die neue Strategie war und blieb umstritten, obwohl ihre Eckpunkte mehr als ein Jahrzehnt lang auf Verbandstagen und Konferenzen immer aufs neue beschlossen worden sind. In die Praxis umgesetzt wurden im

Grunde jedoch nur die Programmpunkte „Vertrauensleute“ und „betriebliche Bildungsarbeit“.

Natürlich war die neue Programmatik nicht das alleinige geistige Eigentum Otto Brenners. Viele haben an der Entwicklung mitgewirkt. Nichtsdestoweniger kann die Rolle Otto Brenners gar nicht überschätzt werden - und zwar nicht nur, weil ohne oder gar gegen den Vorsitzenden der IG Metall die Entwicklung eines derartigen Konzeptes unmöglich gewesen wäre. Brenner hat offenbar die Fähigkeit besessen - ohne sich in seiner Autorität damit irgend etwas zu vergeben - den Rat und die Anregung anderer selbständig denkender Köpfe anzuhören und aufzunehmen. Und er hat vor allem frühzeitig erkannt, daß erfolgreiche „moderne“ Gewerkschaftsarbeit ohne die Nutzung wissenschaftlich begründeter Erkenntnisse und ohne die Zusammenarbeit mit wissenschaftlich geschulten Gewerkschaftsfunktionären und Beratern angesichts der komplexen Probleme unserer Gesellschaft nicht mehr möglich sein würde. Und er hat diese Erkenntnis in einem erheblichen Umfang praktiziert: Die Namensliste derer, die in den fünfziger und sechziger Jahren als Praktikanten, Dozenten, Referenten, Gutachter oder Berater bei oder im Umfeld der IG Metall tätig waren, liest sich heute wie ein „Who is who“ der gesellschaftskritischen Sozialwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn das damalige programmatische Gesamtkonzept vollständig verwirklicht worden wäre, hätte es, das steht für mich außer Zweifel, die Basis der Gewerkschaften in den Betrieben verbreitert, ihre Position gegenüber dem Management gestärkt und freilich auch die herkömmliche Organisation der Gewerkschaften tiefgreifend im Sinne einer intensiveren Beteiligung der ehrenamtlichen Funktionäre und aktiven Mitglieder verändert.

Freilich ist das Konzept in seinen „System verändernden„ Teilen nicht ernsthaft in Angriff genommen worden. Daß in den letzten Jahren nun eine moderne Unternehmerpolitik das Programm „Modernisierung durch stärkere Partizipation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen“ aufgegriffen hat - wenn auch unter gänzlich anderen gesellschaftspolitischen Vorzeichen -, ist eine sehr bemerkenswerte Entwicklung, die nicht nur dem Gewerkschaftshistoriker zu denken geben sollte.

Welche Gründe und Motive die Führung der IG Metall - und letzten Endes eben auch Otto Brenner - bewegen haben, das Konzept einer neuen Gewerkschaftspolitik in der Praxis doch nicht konsequent zu verfolgen, ist ohne weitere, gründliche und umfassende historische Erforschung der Entwicklung nicht zu beantworten. Ich vermute, daß das Festhalten an sehr bestimmten und durchaus bewährten traditionellen gewerkschaftlichen Vorstellungen. Organisationsformen und Verhaltensweisen dabei eine gewisse Rolle gespielt hat, auch bei Brenner selbst. Der hierarchisch aufgebaute, zentralisierte, von einer hochqualifizierten hauptamtlich tätigen Funktionärsschicht geleitete disziplinierte Zentralverband war das Organisationsmodell, mit dem die deutschen Gewerkschaften ihre größten Erfolge erzielt hatten,

die auf den Flächentarif hin orientierte Bewegung und gegebenenfalls der regionale Arbeitskampf die bewährte Methode. „Betriebssyndikalismus“ (der freilich mit dem historischen Syndikalismus Frankreichs oder Spaniens wenig zu tun hat) und unkontrollierte spontane Bewegungen sowie eine „zu weit gehende“ Basisdemokratie wurden als Gefährdung der Organisationsdisziplin und damit der gewerkschaftlichen Schlagkraft wahrgenommen. Die in der Tat „syndikalistische“ Verbindung von politischer Zielsetzung und gewerkschaftlicher Aktion war vor dem Hintergrund der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Politik und Gewerkschaftsarbeit den deutschen Gewerkschaften im Grunde fremd. Und schließlich mag die gesunde Zurückhaltung praktisch denkender Arbeiterfunktionäre gegenüber vermeintlichen intellektuellen Traamtänzereien eine Rolle gespielt haben.

Das gesamte Konzept war der Versuch, die gewerkschaftliche Arbeit auf eine veränderte ökonomische und politische Situation neu einzustellen, im gewissen Umfang traditionelle Organisationsformen und Verhaltensweisen zu reformieren, ohne freilich die ursprüngliche gesellschaftspolitische Zielsetzung aufzugeben. Insoweit war es also höchst „modern“. Natürlich liegt die Frage nahe: Ist das, was in den sechziger Jahren angemessen und zukunftsweisend, also als „modern“ erscheinen konnte, auch unter den gegenwärtigen Bedingungen „modern“? Bei dem Versuch einer Antwort muß ich mich zurückhalten. Ich fühle mich nicht dazu legitimiert, der IG Metall Ratschläge zu erteilen (im übrigen haben mich die politischen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts gelehrt, daß unerbetene Ratschläge nie willkommen sind, wie gut sie auch gemeint sein mögen). Aber ein behutsamer Vergleich der Situation damals und heute lediglich mit der Absicht, auf Sachverhalte und Probleme hinzuweisen, ist vielleicht doch nicht unnütz.

Es ist offensichtlich, daß das Brennersche Konzept direkt auf die damalige ökonomische, soziale und politische Lage bezogen war. Es war der Gipfel einer Periode gesellschaftlicher Entwicklung, die die kritische Sozialwissenschaft als „Fordismus“ bezeichnet und deren politische Form der nationale demokratische Wohlfahrtsstaat war. Sie war gekennzeichnet durch Massenproduktion auf der Basis fortschreitender Automatisierung, von Massenkonsum (zum Beispiel Auto, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik), rapide steigendem Massenwohlstand, Vollbeschäftigung, steigenden sozialen Einfluß der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung - gestützt auf weithin noch intakte Traditionen und intakte gesellschaftliche Milieus (besonders typisch dafür ist die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von der Mitte der sechziger Jahre an).

Die gegenwärtige Situation ist gänzlich anders. Der Nationalstaat hat die Möglichkeit einer Steuerung der „kapitalistischen“ Ökonomie weitgehend eingebüßt. Seine sozialstaatlichen Elemente werden schrittweise zurückgenommen oder sogar abgebaut. Die Auswirkungen der neuen Informationstechnologie und der Konkurrenzdruck des globalisierten Marktes forcieren eine Entwicklung, in der die Produktivität ständig schneller steigt als die

Produktion. Massenarbeitslosigkeit und stagnierende oder sogar sinkende Masseneinkommen sind die Folge. Die Gewerkschaften und sozialreformerische Parteien sind in der Defensive.

Von besonderer Bedeutung ist, daß alte Traditionen und gesellschaftliche Milieus der Arbeiterbewegung ihre soziale Bindekraft verloren haben. Die Umstrukturierung von Güterproduktion und Dienstleistung, die Differenzierung von beruflichen und betrieblichen Anforderungen und die damit zusammenhängende Revolutionierung von Bildung und Ausbildung haben die Struktur der Arbeitnehmerschaft und ihr gesellschaftliches Bewußtsein in den letzten 30 Jahren verändert. Ein „neuer Arbeitnehmertyp“ entsteht oder ist schon entstanden, während andere Arbeitnehmergruppen abqualifiziert und in vielfältige prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden. Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigt diesen Befund.

Es wäre freilich ein schwerwiegender Irrtum zu meinen, daß die vielberufene „Individualisierung“ die moderne Arbeitnehmerschaft für die Gewerkschaften zunehmend unerreichbar mache. Jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des neuen Typs - und natürlich gerade in der gegenwärtigen Situation von Massenarbeitslosigkeit und Ungewissen Zukunftsperspektiven - haben sehr wohl einen Sinn für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, sind an sozialer Sicherheit interessiert und zu kollektivem Engagement bereit. Nur die Voraussetzungen und Formen ihres Engagements sind zum Teil erheblich andere als in früheren Arbeitnehmergenerationen. Oder um es im Hinblick auf den neuen Typus des besonders qualifizierten Arbeitnehmers anders auszudrücken: Er ist aufgrund seiner „beruflichen Kompetenz und seiner politischen Ansprüche nicht mehr umstandslos bereit..., sich vorformulierten Zielen und einer organisatorischen Disziplin zu unterwerfen“ (Siegfried Bleicher). Ich kann diese Feststellung aufgrund meiner eigenen Forschungen nur mit Nachdruck bestätigen.

Zum Schluß noch ein Wort zur Person und Bedeutung Otto Brenners. Es ist immer schwer, im historischen Rückblick zu beurteilen, ob eine einzelne Person von wirklicher historischer Bedeutung gewesen sei. Aber wenn wir sagen, bedeutend ist jemand, ohne dessen Wirken die Geschichte vermutlich ein wenig anders verlaufen wäre, dann müssen wir nach dem Blick auf das gewerkschaftliche Wirken Otto Brenners zu dem Schluß kommen: Er gehörte zu der kleinen Zahl der wirklich bedeutenden Persönlichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte.